

Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern - IKT -

8702 Margetshöchheim · Mainstraße 54 · Tel. (0931) 46 1071

IKT-Info-Dienst

12/Mai 88



T E R M I N E ...

Samstag, 18.6., Wasserfachtagung "Trinkwasser und Grundwasserbelastung"
in Margetshöchheim (Lkr. Würzburg), Margarethenhalle

10.30 Uhr IKT-Landestreffen: Aktuelle Trinkwassersituation
(Vereinszimmer der Margarethenhalle)

12.30 Uhr Mittagessen

13.15 Uhr Fortsetzung des IKT-Landestreffens

13.30 Uhr Firmendemonstration "Wassertechnik" im Foyer

14.00 Uhr Wasserfachtagung, Margarethenhalle (Leitung: Dr. Hubert Weiger)

Referate:

Dr. Otto Strebel (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover):
"Nitratauswaschungen aus dem Wurzelraum und Nitratkonzentration des Grundwassers
in Grundwassereinzugsgebieten "

Dr. Christoph Erpenbeck (Institut für Landeskultur an der Universität Gießen):
"Grundwasserschonende Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten und ihre Sanie-
rung"

Ministerialrat Rolf Praml (Hessisches Ministerium für Umwelt und Reaktorsicher-
heit): "Juristische Aspekte des Wirtschaftens in Wassereinzugsgebieten (Verbote
und Ausgleichszahlungen)"

ca. 17.00 Uhr Aussprache unter Einbeziehung geladener Gäste aus Politik, Praxis und
Verbänden, Moderation: Dr. Hubert Weiger (Bund Naturschutz)

- Ende der Tagung gegen 19 Uhr -

Diese Fachtagung wird in Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz in Bayern und der Frank-
furter Messgesellschaft Conplan durchgeführt. Es ist uns gelungen, anerkannte Referenten
für diese Veranstaltung zu gewinnen. Bitte werben Sie bei Kommunalpolitikern, Fachbehörden
und interessierten Bürgern für diese Tagung, da mit Sicherheit auch Hinweise für die prak-
tische Arbeit zu erwarten sind. Eventuell können Sie mit benachbarten Interessengemein-
schaften Fahrgemeinschaften bilden oder einen Bus mieten. Dieser Ausgabe liegt ein Pro-
grammheft bei, weitere Programme können Sie bei der Landesgeschäftsstelle anfordern. Wir
wären Ihnen auch dankbar, wenn Sie bis zum 11.6. dem Landesgeschäftsführer kurz die Teil-
nehmerzahl melden würden, damit der Wirt disponieren kann.

IKT: Adressen ... Konto ...

1. Landesvorsitzender: Sebastian Schönauer, Setzbornstr. 34, 8751 Rothenbuch, 06094/457
 2. Landesvorsitzender: Dr. Ernst Schudt, Lärchenallee 6, 8936 Langerringen, 08232/3548
- Landesgeschäftsführer: Peter Etthöfer, Mainstr. 54, 8702 Margetshöchheim, 0931/461071
Landesschatzmeister: Friedrich Kropf, Kirschenallee 16, 8602 Burghaslach, 98552/1846
Schriftführer: Ekkehart Koser, Gereuth 18, 8601 Untermerzbach, 09533/1672
IKT-Konto: Sparkasse Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (BLZ 762 510 20), Kto-Nr. 810 081 323

verantw.: Peter Etthöfer, Mainstr. 54, 8702 Margetshöchheim, Tel. 0931/461071

weitere Erfolge ...

Es liegt in der Natur der Sache, daß viele Bürger erst dann aufwachen, wenn ihnen das Fernwasser - bildlich gesprochen - bis zum Hals steht. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß manche unserer Interessengemeinschaften mit dem Rücken zur Wand für die Erhaltung der eigenen Wasserversorgung kämpfen. Dies ist für die betroffenen Bürger auf der einen Seite sicher frustrierend. Die für die maßlose Fernwasserpoltik verantwortlichen Politiker und Bürokraten auf der anderen Seite sollten aber nicht übersehen, welch gefährliches Potential an Staatsverdrossenheit sie durch ihre Zwangsanschlußpolitik gerade bei den Bürgern im ländlichen Raum schaffen, die sich mit den besten Absichten für die Erhaltung ihres eigenen Wassers engagieren.

Man darf jedoch nicht übersehen, daß die letzten Wochen auch etliche Erfolge für diejenigen gebracht haben, die sich für die Stärkung der dezentralen kommunalen Trinkwasserversorgung einsetzen. So ist die Mitgliederzahl der IKT mittlerweile auf über 70 gestiegen, wobei der Zuwachs vor allem auf den Beitritt etlicher Gemeinden zurückzuführen ist. Erfreulich ist auch, daß in den nächsten Tagen nun endlich mit den staatlichen Richtlinien für Ausgleichszahlungen an in Wasserschutzzonen wirtschaftende Landwirte zu rechnen ist. Noch erfreulicher ist, daß der Freistaat sich unter bestimmten Bedingungen an diesen Ausgleichszahlungen beteiligen will. Man kann nur hoffen, daß die

Staatszuschüsse auch tatsächlich ausgezahlt werden und nicht, wie so manch andere Förderung, an unrealistische Bedingungen geknüpft sind.

Und eines soll an dieser Stelle auch nicht versäumt werden: Die Würzburger Stadtwerke verdienen für ihre beispielhaften Anstrengungen zur Sicherung der Eigenwasserversorgung ein dickes Lob. Sie haben unter den bayerischen Kommunen bei der Trinkwassersicherung eine Vorreiterrolle. Mut macht aber auch, daß die Zahl der Gemeinden wächst, die das Risiko eingehen, in die eigene Wasserversorgung zu investieren, anstatt sich sowohl finanziell wie versorgungstechnisch mit Haut und Haaren an einen Fernwasserverband zu verkaufen.

Auch die spektakuläre Podiumsdiskussion der IKT am 16.5. in Margetshöchheim hat gezeigt, daß die Offensive der IKT zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung auf breite Zustimmung stößt und daß die Zeit reif für das von der IKT geforderte Wassersicherungsprogramm ist. Wir sollten deshalb in den nächsten Wochen unsere Anstrengungen für die Erhaltung der dezentralen Trinkwasserversorgung noch verstärken und uns auch durch Rückschläge nicht entmutigen lassen, getreu unserer Devise:

*... wer zur Quelle will,
muß gegen den Strom schwimmen!*

Peter Etthöfer
Landesgeschäftsführer

rund ums wasser...

Nüssel sagt Zuschüsse zu

Mit Schreiben vom 5.5.88 an IKT-Geschäftsführer Etthöfer erläuterte Landwirtschaftsminister Nüssel den Entwurf der Bay. Staatsregierung für eine "Gemeinsame Bekanntmachung zur Abwicklung der Ausgleichszahlung für Beschränkungen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung", der nach Abstimmung mit den Verbänden (natürlich nicht mit der IKT) in Kürze bekanntgemacht werden soll.

Hier die für die Kommunen wichtige Kernaussage des Ministers: "Sofern einzelne Wasserversorgungsunternehmen durch Ausgleichszahlungen unverhältnismäßig belastet werden, d.h. der Wasserpreis dadurch um mehr als 0,30 DM/m³ ansteigen und der neue satzungsrechtliche Wasserpreis 1,30 DM/m³ übersteigen würde, hat sich die Staatsregierung bereit erklärt, Finanzierungshilfen zu gewähren." Diese Absicht der Staatsregierung ist rückhaltlos zu begrüßen. Wir haben jedoch

mit der Förderung des Flächenankaufs in Wasserschutzzonen schlechte Erfahrungen gemacht und hoffen, daß die Finanzierungshilfen nicht nur symbolische Bedeutung haben und daß nicht noch allerlei bürokratische Hürden errichtet werden.

Hinsichtlich der IKT-Forderung, die Musterverordnung für Wasserschutzzonen zu verschärfen, sprach sich der Minister dafür aus, die Verordnung den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Das ist auch unser Bestreben. Allerdings vertreten wir aus unseren Erfahrungen heraus die Ansicht, daß die Musterverordnung einen Maximalkatalog enthalten muß, aus dem dann die jeweils für die örtliche Situation passenden Maßnahmen gewählt werden können.

IKT-Podiumsdiskussion in Margetshöchheim

Am 16.5. veranstalteten IKT und Bund Naturschutz gemeinsam in Margetshöchheim, Lkr. Würzburg, eine gut besuchte überregionale

Podiumsdiskussion zum Thema "Trinkwasser in Not". Auf dem Podium saßen: OB Dr. Zeitler (Würzburg), Landrat und Fernwasserverbandsvorsitzender Dr. Schreier, die Landtagsabgeordneten Sinner (CSU), Franz (SPD), Scheel (GRÜNE), Dr. Weiger (BN), Schönauer (AGH), Etthöfer (IKT). Staatssekretär Rosenbauer konnte nicht teilnehmen und antwortete auf unsere Bitte, notfalls einen kompetenten und hochrangigen Vertreter des Ministeriums zur Podiumsdiskussion zu entsenden: "Ihrem Schreiben nach ist das Podiumsgespräch von erheblicher politischer Ausprägung. Aus diesem Grund ist es mir auch nicht möglich, einen Mitarbeiter des Bayer. Staatsministeriums des Innern zu Ihrer Veranstaltung zu entsenden."

Auf großes Interesse bei der Podiumsdiskussion stießen vor allem die Aussagen von OB Zeitler und Stadtwerkedirektor Wolf (beide Würzburg). Dr. Zeitler bekräftigte die Absicht der Stadt, sich auch weiterhin selbst mit Wasser zu versorgen und die Probebohrungen im stadtnahen Bereich trotz aller Widerstände durchzuführen. Direktor Wolf wies darauf hin, daß die Stadt zwar seit 10 Jahren für jährlich 1,6 Mio. m³ Fernwasser bezahlen müsse, der Fernwasserverband könne es aber gar nicht liefern und Würzburg habe das Wasser auch noch nie benötigt. Wolf kündigte deshalb an, daß man keinen Wert auf die Mitgliedschaft im Fernwasserzweckverband Mittelmain lege.

Ministerium will CSU-Stellungnahme abwarten

Am 21.2.88 hat die IKT in einem Schreiben an Innenminister Lang eine Reihe von konkreten Vorschlägen für eine neue Musterverordnung für Wasserschutzzonen und ein Wassersicherungsprogramm unterbreitet. Mit Schreiben vom 18.4. hat nun Ministerialrat Hurler von der Obersten Baubehörde den Eingang des IKT-Schreibens bestätigt und u.a. mitgeteilt: "Die von Ihnen vorgetragenen Anliegen haben Sie inzwischen auch an die CSU-Landtagsfraktion herangetragen. Von dort ist dem Vernehmen nach vorgesehen, die Angelegenheit im Innenpolitischen Arbeitskreis zu behandeln. Bitte haben Sie Verständnis, daß wir dieser Behandlung nicht vorgreifen wollen und daher zunächst von einer Beantwortung absehen."

Massiver Widerstand gegen Probebohrungen

Wie bereits in den letzten Ausgaben berichtet, wollen die Stadtwerke Würzburg den im Bahnhofsbereich austretenden Grundwasserstrom durch Tiefbohrungen im stadtnahen Bereich erschließen und durch ein Schutzgebiet sichern. Die Bahnquellensind nämlich, wie ein Rangierunfall im Bahnhof vor einem

Jahr gezeigt hat, leicht verwundbar. Eigentlich sollte man annehmen, daß dieses Vorhaben, für gut 100.000 Bürger in nächster Nähe die Versorgung mit gutem Trinkwasser zu sichern, allseits auf Zustimmung stößt. Besonders von zwei Seiten versucht man, den Würzburgern die eigene Versorgung zu vermissen. Bereits seit Jahren versucht die Oberste Baubehörde den Würzburgern weiszumachen, daß ihre Wasserqualität schlecht sei und daß im weiten Umkreis kein gutes Wasser zu finden sei. Als Patentrezept hat man einen Trinkwasserspeicher im Hafenlohrthal im zig Kilometer entfernten Spessart in der Planungsschublade. Das angeblich so schlechte Würzburger Trinkwasser soll also den Sachzwang für den Bau des Fernwasserprestigeobjekts bringen.

Besondere Probleme haben die Würzburger mit der Stadtrandgemeinde Estenfeld, in dessen Gemeinderat der CSU-Landtagsabgeordnete Christian Will den Ton angibt. Estenfeld hat bereits vor Jahren die Eigenversorgung völlig aufgegeben und sich voll dem Fernwasser verschrieben, was von MdL Will anderen Gemeinden ebenfalls lebhaft angepriesen wurde. Seitdem die Estenfelder vom FWM- auf FWF-Wasser umgeklemmt wurden und anfangs eine wenig appetitliche Brühe aus der Leitung lief und kurz danach der Bruch der Hauptleitung die Wasserhähne häufig trockenfallen ließ, ist die Estenfelder Begeisterung fürs Fernwasser nicht mehr so groß. Die Würzburger wollte man aber trotzdem nicht auf einem gemeindeeigenen Grundstück bohren lassen, das wollte man allenfalls dem Fernwasserverband zugestehen. Als die Würzburger nicht lockerließen, behauptete man im Estenfelder Gemeinderat, nach den Aussagen der Wasserwirtschaft gebe es dort gar kein Wasser und im übrigen wolle man dort selbst bohren. Dümmer konnte man kaum argumentieren.

Als dann die Stadtwerke schließlich einen Landwirt gefunden hatten, der die Würzburger auf seinem Grundstück bohren ließ, war die Provinzposse perfekt: Der Estenfelder Bürgermeister teilte den Würzburgern schriftlich mit, daß die die dortigen Feldwege nicht benutzen dürften. Bevor sich die Würzburger noch lange die Köpfe zerbrachen, ob sie ihr Bohrgerät mit dem Hubschrauber nach Estenfeld bringen sollten, fackelten sie nicht lange und brachten ihre Maschinen auch ohne den Estenfelder Segen in Stellung. Die Estenfelder können sich nun überlegen, ob sie im nachhinein einen Anwalt beschäftigen wollen, der den Würzburgern klarmacht, daß sie die Feldwege eigentlich doch nicht hätten befahren dürfen.

Die IKT hat in dieser Angelegenheit eindeutig für die Würzburger Stadtwerke Partei er-

griffen, weil es der Gemeinde Estenfeld und besonders dem Abgeordneten Will nicht um die Sicherung der eigenen Trinkwasserversorgung, sondern darum geht, Würzburg ans Fernwasser zu zwingen. Die Estenfelder haben, wenn man ihren derzeitigen Erklärungen Glauben schenken will, offensichtlich ohne Not den Fernwasseranschluß herbeigeführt, die Stadt Würzburg aber hat bewiesen, daß sie willens und fähig ist, ihre Wasserversorgung zu sichern.

Enorme Nitratschwankungen

Meßergebnisse, die der IKT in den letzten Wochen zugänglich geworden sind, lassen darauf schließen, daß die punktuellen monatlichen Nitratmessungen nur wenig über die tatsächliche Nitratbelastung aussagen, denen die Bürger über das Trinkwasser ausgesetzt sind. Teilweise sind die Nitratschwankungen nämlich ganz erheblich. Ein Auf und Ab um 20 mg/l innerhalb eines Tages ist gar nicht so selten. Selbst bei ein und derselben Probe können unterschiedliche Werte ermittelt werden, da das Wasserwirtschaftsamt und beauftragte Institute oft nach verschiedenen Verfahren messen.

Im Frühjahr 88 sind übrigens bei einer ganzen Reihe von Gemeinden die Nitratwerte deutlich gestiegen. In der durch energische Maßnahmen zur Nitratsenkung bekanntgewordenen Gemeinde Margetshöchheim haben sich dagegen die Werte bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate unter der 50-mg-Grenze eingependelt, was Anlaß zu Hoffnungen gibt.

Trinkwasserschutz in Baden-Württemberg

Nicht gerade auf Gegenliebe bei der Landwirtschaft sind die baden-württembergischen Maßnahmen zum Trinkwasserschutz gestoßen. Dort muß in den teilweise recht groß bemessenen Wasserschutzgebieten die Rein-Stickstoffmenge um 20% unter der optimalen Düngermenge liegen. Dafür erhält der Landwirt dann 310 DM/ha Ausgleich. Wer höhere Einbußen nachweisen kann, bekommt mehr.

Für die einzelnen Kulturen gelten Düngungsobergrenzen, z.B. bei Winterweizen 80 kg N/ha bei einem durchschnittlichen Ertrag von 51 dt. Für Wintergerste gelten 55 kg N/ha bei 49 dt Ertrag, für Silomais 110 kg N/ha Ertrag 455 dt), für Kartoffeln 90 kg N/ha (Ertrag 280 dt). Landwirte, die die Bestimmungen nicht einhalten, können z.B. zur Führung einer Schlagkartei verpflichtet werden und erhalten keine Ausgleichszahlung. Ausschlaggebend sind dabei Bodenproben, die zwischen dem 1.11. und dem 15.12. gezogen werden. Dabei darf der N-Gehalt pro Hektar nicht über 45 kg liegen.

Kein Geld bei Neuanbruch

Nach dem Flächenstillegungsprogramm des Bundes gibt es Zuschüsse für seit Jahren als Acker genutzte Flächen, die in Grünland umgewandelt werden. Dies gilt allerdings nicht für Grünland, das erst jetzt umgebrochen wird. Bekanntlich werden bei Grünlandumbrüchen ganz erhebliche Nitratmengen freigesetzt und ins Grundwasser ausgeschwemmt.

Ab Oktober 89 Pestizid-Probleme

Nach den Nitratproblemen kommen auf die Betreiber von Wasserversorgungen mit Sicherheit demnächst auch Pestizidprobleme zu, wenn ab 1.10.89 der Grenzwert von 0,0001 mg/l in Kraft tritt. Bei einem durchschnittlichen Pestizidverbrauch von jährlich 2,6 kg/ha und einer Grundwasserneubildung von 2000 ml müßten 99,999% abgebaut werden, damit der neue Grenzwert eingehalten werden kann.

Mit Stroh gegen Nitrat

Meist sind es nicht große Firmen, die einfache und billige Verfahren zur Schadstoffreduzierung erproben, sondern Stadtwerke wie die Aschaffener, die mit Fichtenrinde Nitrat abbauen. Richtungweisend sind auch die Stadtwerke Viersen, die mit Wasserpflanzen und einer vorgeschalteten Strohfilteranlage den Nitratgehalt im Grundwasser senken wollen.

Neues BIO-Verfahren zum Nitratabbau

Wir haben in den verschiedenen Ausgaben des IKT-Info-Dienstes bereits mehrfach über verschiedene Verfahren der biologischen Denitrifizierung mit Hilfe von nitratabbauenden Bakterien berichtet. Bei all diesen Verfahren konnte es unter bestimmten Bedingungen passieren, daß Teile der nitratabbauenden Bakterien vom durchfließenden Wasser ausgeschwemmt wurden und durch Filter wieder ausgesondert werden mußten. Ein Nitratabbauverfahren, das von der TU Braunschweig in Zusammenarbeit mit der Salzgittertochter Noell entwickelt wurde, scheint dieses Problem in den Griff bekommen zu haben. Die Bakterien werden nämlich in einem Gel- oder Polymergerüst fest eingeschlossen, so daß Fehlreaktionen ausgeschlossen sind und keine Zellen ins Trinkwasser gelangen können.

Aufsichtsbeschwerde noch nicht entschieden

Über die von der IKT gegen Landwirtschaftsdirektor Müller-Haslach von der Veitshöchheimer Landesanstalt für Wein- und Gartenbau beim Bayer. Landwirtschaftsminister eingereichte Aufsichtsbeschwerde ist noch nicht entschieden worden. Die IKT wirft Müller-Haslach vor, gegen die nitratsenkenden Maß-

nahmen der Gemeinde Margetshöchheim gearbeitet zu haben. Neueste Informationen scheinen diesen Verdacht zu erhärten. So wurden von Müller-Haslach gerade in den typischen Kleingarten- und Sonderkulturgebieten der Margetshöchheimer Wasserschutzzone keine Bodenproben entnommen, obwohl sonst fast flächendeckend derartige Proben entnommen wurden. Es deutet auch einiges darauf hin, daß diese Bodenproben mehr zu dem Zweck durchgeführt wurden, um eine Verschärfung der Wasserschutzonenverordnung zu verzögern, nicht

aber, um die Verursacher der Nitratbelastung festzustellen.

MdL Franz setzt sich für IKT-Forderung ein
MdL Herbert Franz (SPD) hat die IKT-Forderung an den Innenminister, ein computergesteuertes Nitratmeßgerät zur Verfügung zu stellen, aufgegriffen und in einem Schreiben an den Innenminister die Stationierung eines solchen Gerätes in Unterfranken gefordert, das dann Gemeinden mit Nitratproblemen zur Verfügung gestellt werden könnte.

aus den IKT-Gruppen ...

Gemeinderatsbeschuß für Fernwasser

Der Gemeinderat von Ruhstorf a.d. Rott hat trotz des engagierten Widerstands der örtlichen IKT-Gruppe beschlossen, den Ortsteil Schmidham an den Fernwasserzweckverband Ruhstorfer Gruppe anzuschließen, obwohl das Schmidhamer Wasser in keiner Weise zu beanstanden und im Eingemeindungsvertrag die Erhaltung der Schmidhamer Eigenversorgung festgeschrieben ist. Die Behörden weigern sich allerdings, für den bestehenden Brunnen wegen einer vorbeiführenden Straße ein Schutzgebiet auszuweisen. Kopf des Widerstands ist der örtliche BBV-Obmann Andreas Vonnahme, der nichts unversucht gelassen hat, die Eigenversorgung des Ortssteils zu erhalten. Seine guten Argumente konnten allerdings nichts gegen die Fernwasserfront aus 1. Bürgermeister Lindinger, WWA Passau und Planungsbüro ausrichten. Da das Fernwasser bezuschußt wird, war die teuerste Lösung wieder einmal die "kostengünstigste", und die Eigenversorgung hat das Nachsehen. Interessant ist, daß sich auch das Generalsekretariat des Bayer. Bauernverbands positiv zur Schmidhamer Eigenversorgung geäußert hat. In einem Schreiben an Vonnahme wird betont, daß Zwangsanschlüsse nur aus Gründen des öffentlichen Wohls erfolgen können. Die hervorragenden Untersuchungswerte des Schmidhamer Wassers und Pumpversuche hätten jedoch gezeigt, daß solche Gründe nicht vorlägen. Zur Argumentation der Behörden, wegen einer nahegelegenen Straße könne kein Schutzgebiet ausgewiesen werden, schreibt Assessor Menner vom BBV: "Auch die Tatsache, daß eventuell eine Straße das Wasserschutzgebiet anschneiden würde, steht dem nicht entgegen. Wenn es nicht möglich wäre, daß sich auch Straßen in Wasserschutzgebieten befinden, gäbe es kaum ein Wasserschutzgebiet."

In den letzten Wochen häufen sich übrigens die Berichte besonders aus Niederbayern, daß man dort verstärkt die Gemeinden ans Fernwasser zwingen will.

Vorladung zur Polizei

Die in der Schutzgemeinschaft der Ortsteile zusammengeschlossenen Einwohner der Bad Königshöfer Ortsteile Aub, Althausen, Gabolshausen und Untereßfeld wehren sich schon seit Jahren gegen die Schließung ihrer Hausbrunnen und den geplanten Fernwasseranschluß, der vom Landratsamt Rhön-Grabfeld per Sofortvollzug vehement betrieben wird. Der Königshofer Stadtrat hat nun bereits in zweiter Instanz gegen diesen Sofortvollzug Rechtsmittel eingelegt.

Besonders schlecht sind die Mitglieder der Schutzgemeinschaft auf Landrat Steigerwald zu sprechen, der sich im März wieder zur Wahl stellte. Obwohl die SG-Mitglieder wohl eher recht konservativ eingestellt sind, hat Heinrich Schweinfest, Kopf und Motor der Schutzgemeinschaft, Farbe in den Wahlkampf um den Landratsposten gebracht und zur Unterstützung des Kandidaten der GRÜNEN aufgerufen, weil Landrat Steigerwald nicht die Interessen der Bürger vertrete. Steigerwald (CSU) wurde zwar erwartungsgemäß wiedergewählt, das Thema Fernwasser spielte aber im Wahlkampf eine beachtliche Rolle, und in den 4 verbündeten Ortsteilen erhielt der Kandidat der GRÜNEN 54,2/52,7/38,5 und 56,3% der Stimmen.

Heinrich Schweinfest, der für seine deutlichen und humorvollen Ansprachen bekannt ist, hat bei Landrat Dr. Steigerwald, der sonst wenig zimperlich ist, offenbar den Nerv getroffen. Kurz nach der Wahl erhielt Schweinfest von der Polizeiinspektion Mellrichstadt eine Vorladung wegen "Beleidigung zum Nachteil von Herrn Dr. Steigerwald" anläßlich zweier Wahlkampfveranstaltungen der GRÜNEN und der CSU. Bei letzterer soll übrigens Landrat Steigerwald mehrmals Schweinfest mit dem Staatsanwalt gedroht haben.

Leerplakate mit dem IKT-Kopf

zum Selbstbeschriften können zum Stückpreis von DM 0,30 zuzügl. Porto bei der Landesgeschäftsstelle bestellt werden.

Die Kommune glaubt, in Zukunft auf die bereitgestellte Fernwasser-Reserve völlig verzichten zu können Zweckverband: Würzburg mabelt sich ab

Erstes Ergebnis eines einzigartigen Sanierungskonzeptes - Podiumsdiskussion beschäftigt sich mit Nitratversauerung

MARGETSHÖCHHEIM - Für den sichtlich irritierten Würzburger Landrat Georg Schreiber (CSU), zugleich Vorsitzender des Zweckverbands Fernwasser Mittelmain, kam es einer „Sensation“ gleich, und Vertreter der Aktionsgemeinschaft Hafenlohrthal sahen sich schlagartig dem Ziel näher, in ihrer Heimat den Bau eines 250 Hektar großen Trinkwasserspeichers für alle Zeiten zu verhindern. Verwendung und Hoffnung hatten während einer Podiumsdiskussion zum Thema „Trinkwasser in Not“ in der Main-Gemeinde Margetshöchheim Würzburgs Oberbürgermeister Klaus Zeitler (SPD) und der Geschäftsführer der Herbert Wolf, mit der Ankündigung ausgelöst, ihre Kommune werde aus dem Fernwasserverbund austreten und die Wasserversorgung künftighin fremde Hilfe gewährleisten.

Mit Mangel argumentiert

Auswirkungen auf die Planung des seit jeher umstrittenen Hafenlohrspeichers könnte dieser Schritt deshalb haben, weil das Großprojekt bei dem etwa ein Viertel des 29 Kilometer langen Tals im Spessart zubetoniert werden soll, stets auch mit dem Mangel an Trinkwasser in der Stadt Würzburg begründet wurde. Trotz heftiger Proteste von Naturschützern wollte sich die Staatsregierung bisher noch nicht endgültig von den Plänen zum Speicherbau verabschieden. SPD und Grüne scheiterten mit entsprechenden Anträgen im Landtag. Auf den Druck unterfränkischer CSU-Abgeordneter hin kam allerdings ein Beschluss der Mehrheitsfraktion zustande, wonach die Bedarfsberechnungen noch einmal kontrolliert und Sanierungskonzepte für kommunale Trinkwasseranlagen geprüft werden sollten.

Rosenbauer sagte ab

Bezeichnend für die Haltung der Staatsregierung gegenüber den Fernwassergegnern ist für IKT-Geschäftsführer Peter Ethhöfer die Absage des zu der Veranstaltung eingeladenen Staatssekretärs Heinz Rosenbauer und die Entscheidung, auch keinen Vertreter aus dem Innenministerium zu entsenden. Laut Ethhöfer begründete Rosenbauer seinen Entschluss damit, „daß es sich bei der Diskussion um eine eindeutig politische Veranstaltung handle“.

HANS-PETER KASTENHUBER

IKT braucht Hilfe!
Da sich die Trinkwasserprobleme und der Fernwasserdruck besonders in Niederbayern und in der Oberpfalz immer mehr verschärfen, suchen wir dringend Mitglieder, die in diesem Raum für Vorträge und Beratungen zur Verfügung stehen. Die Einarbeitung kann von der Landesgeschäftsstelle übernommen werden. Meldungen bitte umgehend an den Landesgeschäftsführer!

TRALMUNGSGLEIDUNG (tr) - Die Schutzgemeinschaft zur Erhaltung der natürlichen Wasserressourcen im Römisch-Deutschen Reich (JSTG) tagte wieder im Weinsteiner Saal des Gasthauses „Zur Goldenen Krone“ in Oberalm. Michael Söhrer vom Kreisverband Bad Reichenhausen erläuterte dabei das Auswertverfahren von Umweltuntersuchungen.

Darüber ist zu ergänzen, daß Trinkwasser-ressourcen, ob groß oder klein, in Zusammenhang mit dem Wasserstand, der Wasserversorgung und der Qualität des Wasser betrachtet werden. Das ist ein ganzheitliches Konzept, das die gesamte Wasserversorgung umschließt. Einmalige Untersuchungen sind nicht ausreichend, sondern es bedarf einer kontinuierlichen Überwachung. Die Untersuchungsergebnisse sind zu bewerten und zu vergleichen. Die Untersuchungsergebnisse sind zu bewerten und zu vergleichen. Die Untersuchungsergebnisse sind zu bewerten und zu vergleichen.

Die Ergebnisse beweisen, daß die Arbeit der Schutzgemeinschaft auf fruchtbaren Boden gefallen ist, stellte Peter Zogg fest. Er wiederholte aber auch mit Nachdruck, daß man keine Heile für die JSTG betreibe und nicht gegen die Wasserversorgung arbeite. Man versuche vielmehr das Bewußtsein der Bürger und für die Umwelt zu schärfen. Die Schutzgemeinschaft wird die Untersuchungen nun kopieren, dem Gemeindefratting und Thalmainland der JSTG und dem Landesgeschäftsführer Dr. Wolf zusenden.

Für Oberalmung stellte Hans-Peter Holzinger fest, daß vor 15 Jahren, als in Oberalmung das Wasser knapp war, vom Stadtrat in Greding der Anschluß an die Wasserversorgung beschlossen wurde. Man habe den Oberalmungern zugemutet, etwa zehn Jahre zu warten, bis durch die Wasserversorgung der Ort versorgt werden kann. Inzwischen seien 15 Jahre vergangen, weitere zehn Jahre könnte es dauern, bis eine Versorgung durch die Gruppe möglich wäre. Inwieweit durch die Gruppe genügend Wasser, auch die Qualität sei vertretbar.

Nürnberger Nachrichten
18.5.88

10 Jahre Bürgerprotest gegen Talsperre

Die Aktionsgemeinschaft Hafenlohrthal begeht am 25.6. in Lichtenau im Hafenlohrthal (Rothenbuch) ihr 10jähriges Bestehen.

14 Uhr: Sommerwanderung
19.30 Uhr: Festveranstaltung im Gasthaus Hochspessart

ZHV 29.3.71